LINKS
BL·BS
Mitgliederzeitung der SP Schweiz
194 · Ausgabe BL·BS · Mai 2021

Regionales Engagement für die Individualbesteuerung

Eine alte Forderung der SP, um die Gleichstellung von Männern und Frauen voranzubringen, wurde von der politischen Mitte aufgenommen und neu lanciert. Auch in der Region Basel hat sich ein Komitee, mitbegründet von Eva Herzog, formiert. Die SP trägt die Initiative mit, hat aber auch klare Vorstellungen zur Umsetzung, die für einen echten Fortschritt nötig sind.

Fehlanreize im Steuersystem

Trotz rechtlicher Gleichstellung, grösserer ökonomischer Unabhängigkeit und Zugang zu Bildung ist für viele Frauen Karriere und Familie eine Entweder-oder-Frage. Deshalb stehen sie häufig finanziell deutlich schlechter da als Männer. Dies geht einerseits auf das mangelhafte Angebot an Betreuungsplätzen, andererseits auf falsche Anreize bei der Besteuerung zurück. Das schweizerische Steuersystem ist frauenfeindlich und braucht dringend eine Anpassung. Aufgrund der gemeinsamen Veranlagung, der Progression und der zusätzlichen Betreuungskosten lohnt sich eine Erhöhung des Pensums des zweitverdienenden Elternteils nur selten. Einkommen der Frauen werden in der Regel zu einem deutlich höheren Steuersatz besteuert, als dies bei einer individuellen Veranlagung der Fall wäre.

Gemäss einer Studie von Avenir Suisse hätte die Individualbesteuerung einen grossen Effekt auf die Erwerbstätigkeit von Frauen, wirkt damit dem Fachkräftemangel entgegen und stärkt die finanzielle Unabhängigkeit der Frauen. Die Individualbesteuerung erhöht die Erwerbsanreize für Zweitverdienende deutlich stärker als Splittingmodelle und weist ein gutes volkswirtschaftliches Kosten-Nutzen-Verhältnis aus. Sie bringt unabhängig vom Zivilstand weder eine Heiratsstrafe noch einen Heiratsvorteil mit sich.

Die Umsetzung ist entscheidend

Damit die Einführung der Individualbesteuerung tatsächlich einen Beitrag zur Gleichstellung leistet, sind aber drei Aspekte entscheidend: Erstens können Änderungen im Steuersystem nur dann ihre Wirkung entfalten, wenn genügend bezahlbare Betreuungsmöglichkeiten verfügbar sind. Eine Ausweitung des Erwerbspensums ist für Eltern nur möglich, wenn die Betreuung der Kinder während dieser Zeit gesichert ist. Zweitens darf in der Umsetzung die Progression der direkten Bundessteuer nicht aufgehoben werden. Eine gewisse Mehrbelastung der heute profitierenden Einverdienerfamilie ist in Kauf zu nehmen. Drittens haben allfällige andere Steuerprojekte klar zurückzustehen (Abschaffung Stempelabgabe u. a.).

Roman Brunner, Präsident der Landratsfraktion

Toya Krummenacher, Grossrätin

Kantonaler Effort

Damit unser Steuersystem endlich die Bedürfnisse des 21. Jahrhunderts widerspiegelt, ist die SP auch auf kantonaler Ebene aktiv. Der Grosse Rat hat im April 2021 nach 2006 zum zweiten Mal einer Standesinitiative der SP zugestimmt, um die Individualbesteuerung auf Bundesebene voranzutreiben. Im Landrat ist eine entsprechende Initiative der SP noch hängig. Ebenfalls sind verschiedene kantonale Vertreter*innen, u. a. die Schreibenden, im regionalen Initiativkomitee engagiert und die Kantonalparteien beteiligen sich aktiv an der Unterschriftensammlung.

SAMMELTAG BASEL-STADT

In Basel-Stadt wird es am **19. Juni** mehrere Sammelaktionen der SP geben, an denen jede Mithilfe gebraucht wird.

AUS DEM LANDRAT

Tagesschulen und Tagesstrukturen

Am 11. März haben Miriam Locher, Roman Brunner, Jan Kirchmayr und ich für die SP-Fraktion im Landrat zwei Motionen und zwei Postulate zu Tagesschulen und Tagesstrukturen in der Volksschule unseres Kantons eingereicht. Ganz im Sinne von «für alle statt für wenige» und auch von «Zukunft statt Abbau» geht es dabei darum, Chancengerechtigkeit in der Bildung herzustellen und weniger gut Verdienende so zu unterstützen, dass sie mit dem Lohn ihrer eigenen Arbeit leben können.

Auch im Jahr 2021 ist es noch so, dass das Umfeld der Familie und deren Lebensumstände bei vielen Kindern über Erfolg oder Misserfolg auf dem Bildungsweg entscheiden. Viele Eltern können ihre Kinder schulisch nur wenig oder nicht fördern. So können viele Eltern ihren Kindern weder bei Schwierigkeiten mit Hausaufgaben helfen, noch sind sie in der Lage, ihnen durch zusätzlichen bezahlten Nachhilfeunterricht Unterstützung zu bieten. Schulische Förderung und Unterstützung sind, wie es der Name sagt, ausdrücklich Aufgaben der Schule und nicht der Eltern. Tagesschulen bieten eine umfassende pädagogische Förderung aller Kinder, Hausaufgaben sind nicht mehr nötig.

In Ergänzung zu Tagesschulen bieten Schulen mit Tagesstrukturen eine Betreuung von Kindern ausserhalb des Unterrichts auf freiwilliger Basis an. Davon profitieren vor allem Eltern und Alleinerziehende, welche sich private Betreuung nicht leisten können oder über kein tragfähiges familiäres Betreuungsnetz verfügen. Der Armutsbericht vom Juni 2020 zeigt auf, dass rund 30 Prozent der Bevölkerung unseres Kantons ohne Sozialtransfers wie zum Beispiel Verbilligung der Krankenkassenprämien oder Sozialhilfe von Armut betroffen wären. Trotz dieser Massnahmen zählen immer noch knapp 9 Prozent der Bevölkerung zu den sogenannten Working Poor. Damit sind Menschen gemeint, die nicht von ihrer Arbeit leben können. Durch die Einrichtung von Tagesstrukturen werden diese Menschen und ihre Familien (inklusive Grosseltern) entlastet und es wird möglich, mehr ausserhalb des Haushalts zu arbeiten und damit auch mehr zu verdienen. Dadurch werden deutlich weniger Menschen von Armut betroffen sein, Unternehmen werden genügend Arbeitskräfte finden und es werden auch mehr Steuern eingenommen.

Ernst Schürch, Landrat SP

AUS DEM GROSSEN RAT

4200 Ladestationen für Basel

Die Elektromobilität ist eine Schlüsseltechnologie für die emissionsfreie Mobilität, wie sie die Basler Stimmbevölkerung bis spätestens 2050 will. Eine flächendeckende und zuverlässige Ladeinfrastruktur ist elementar für den Entscheid, von einem Benzin- auf ein E-Auto umzusteigen. In seiner April-Sitzung hat nun der Grosse Rat einem wegweisenden E-Mobilitäts-Paket der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) zugestimmt, welches von der SP-Delegation in der UVEK massgeblich mitgestaltet wurde.

Rascher Ausbau mit Fokus auf Parkings und private Parkplätze

Die vom Grossen Rat überwiesene Kommissionsmotion der UVEK fordert neben den vom Regierungsrat vorgeschlagenen 200 neuen Ladestationen in der Blauen Zone zusätzlich 2000 Ladestationen in Parkhäusern sowie ein Förderprogramm für weitere 2000 Ladestationen auf privatem Grund. Dies macht gleich doppelt Sinn: Die Kosten sind so signifikant tiefer und es besteht ein weiterer Anreiz, im Untergrund beziehungsweise privat zu parkieren, womit die Allmend entlastet wird.

Der regierungsrätliche Ratschlag hatte vorgesehen, die Ladestationen zu einem grossen Teil mit Steuergeldern zu finanzieren. Dies stiess von links bis rechts auf Widerstand.

Knacknuss Finanzierung

Der Vorschlag der UVEK sieht nun vor, dass die Finanzierung über einen neuen Elektromobilitäts-Stromtarif verursachergerecht erfolgt. Personen und Firmen, welche ihre Mobilitätsbedürfnisse ohne Auto befriedigen, müssen so keine Auto-Infrastruktur mitbezahlen.

Weniger Autos als langfristiges Ziel

Das E-Mobilitäts-Paket der UVEK definiert auch eine Reihe von Grundsätzen zur Elektromobilität. Diese stellen sicher, dass die Förderung von Elektromobilität nicht zum 1:1-Ersatz des heutigen Autobestandes oder sogar zu einer Erhöhung führt. Ausdrückliches Ziel des Pakets ist eine Anpassung des Verkehrs an heutige Ansprüche des Zusammenlebens und der Mobilität auf engem Raum.

Daniel Sägesser, Grossrat

Breite Unterstützung

Besonders erfreulich ist die breite Abstützung, welche wir durch eine intensive Kommissionsarbeit erlangen konnten. Hinter dem UVEK-Paket standen SP, Grüne, GLP, FDP und die Mehrheit von Mitte/EVP. Abgelehnt haben lediglich SVP, LDP und BastA! So hat eine grosse Mehrheit im Grossen Rat dem Ausbau der E-Mobilität zugestimmt.

Heraus zum 1. Mai, weil …

«Mindestlohn jetzt!» lautete das Motto des diesjährigen 1. Mai. Circa 2000 Menschen demonstrierten in Basel für einen Lohn, der zum Leben reicht, auf der Strasse. Die Demonstrant*innen trotzten dem Regenwetter und zogen mit Abstand und Hygienemasken durch die Stadt. Mitten im bunten Demonstrationszug wehten wie immer die Fahnen der SP. Für das Links erzählen einige unserer Mitglieder, was sie dazu bewegt hat, am Tag der Arbeit auf die Strasse zu gehen. Eingefangen hat die Stimmen Pedro Schön, Mitglied des QVs Clara-Wettstein-Hirzbrunnen.

Lea Levi, Vize-Präsidentin Juso Basel-Stadt

«Für die Steuergerechtigkeit ist es von zentraler Bedeutung, dass Arbeitseinkommen steuerlich entlastet und Kapitaleinkommen gerecht besteuert wird. Dafür gehe ich heute auf die Strasse.»

Amina Trevisan, Co-Präsidentin QV Spalen

«Als Kind einer migrantischen Arbeiter*innenfamilie ist mir der 1. Mai sehr wichtig. Dieses Jahr hat er durch die Mindestlohninitiative eine hohe Dringlichkeit. Es kann nicht sein, dass Arbeitende nicht von ihrem Lohn leben können. Gerade Frauen im Tieflohnsektor brauchen unseren Einsatz.»

Sarah Wyss, Nationalrätin

«Jeder Mensch muss von seiner Arbeit leben können. Daher brauchen wir den Tag der Arbeit dieses Jahr mehr denn je. Unser Ziel erreichen wir nur gemeinsam, wenn wir zusammenstehen.»

Salome Bessenich, Grossrätin

«Spätestens mit der Corona-Krise ist klar: Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn. Darum finde ich es gerade dieses Jahr wichtig, am 1. Mai ein Zeichen zu setzen.»

Beda Baumgartner, Grossrat

«Ob Basel-Stadt oder Baselland, der 1. Mai ist relevant: Es ist Zeit für einen Mindestlohn, jetzt und überall.»

Martin Lüchinger, PV-Mitglied

«Unzählige Menschen haben aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie ihre Arbeit verloren. Für diese Menschen müssen wir uns einsetzen. Daher nehme ich heute an der Demonstration teil.»

Ivo Balmer, Co-Präsident SG Stadtentwicklung und Verkehr

«18,9 Prozent geben mehr als 40 Prozent ihres Einkommens fürs Wohnen aus. Dafür gehe ich am 1. Mai auf die Strasse: Löhne rauf, Mieten runter.»

Anna Grüninger und Laura Kunz, Co-Präsidentinnen QV St. Alban-Breite-Innenstadt

«Weil uns diese Pandemie deutlich vor Augen geführt hat, was in unserem jetzigen System alles falsch läuft. Wir kämpfen – gerade an diesem wichtigen Tag der Linken – für einen sozialen Wandel. Die Einführung des Basler Mindestlohns ist nur der erste Schritt!»

Ein Meilenstein fürs soziale

Frantisek Matous

Stefan Wittlin, Jessica Brandenburger, Lisa Mathys und Marcel Colomb (v. l. n. r.) wurden am 19. April 2021 in einer hybriden Delegiertenversammlung mit Liveübertragung aus der Markthalle in die Parteileitung gewählt.

Als Team sind wir angetreten und gewählt worden, als Team wollen wir nun auch unterwegs sein: Es ist uns eine grosse Ehre und Freude, die grösste, wähler*innenstärkste und vor allem die lebendigste Partei in Basel-Stadt zu leiten. Vielen Dank für euer Vertrauen!

Das Gefühl, zu viert in dieser Konstellation gut zusammen zu funktionieren – in gegenseitigem Vertrauen und Respekt – gibt uns die Zuversicht, die grosse Aufgabe erfolgreich stemmen zu können. Wir übernehmen eine SP Basel-Stadt, die bestens aufgestellt ist, die gerade einen Generationenwechsel in fast allen Schlüsselpositionen erfolgreich gemeistert hat, der fast jede*r dritte Wähler*in das Vertrauen geschenkt hat und die in den letzten Jahren weiter gewachsen ist. Für all dies sind wir unseren Vorgänger*innen Pascal Pfister, Beda Baumgartner, Kerstin Wenk und Melanie Nussbaumer sehr dankbar!

Unterschiedliche Schwerpunkte ergänzen sich

Nun werfen wir unsere Stärken und Ideen in den Ring, um das unglaubliche Potenzial der Bewegung in unserem Kanton weiterhin zur Geltung zu bringen. Wir haben vier unterschiedliche politische Profile: Jessica Brandenburger hat als Sozialpädagogin und Grossrätin ihren Fokus auf den Themen Chancengerechtigkeit und Gleichstellung. Sie vertritt die jungen Menschen und deren Anliegen und setzt sich gleichzeitig auch für eine bessere Alterspolitik ein. Sie kämpft für LGBTIQ-Anliegen und für die Rechte von Arbeitnehmenden. Als überzeugte Feministin will sie die Kinderbetreuung für alle sicherstellen, die im Kanton nach der Geburt der Kinder berufstätig bleiben wollen, und so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Lisa Mathys blüht auf in Streitgesprächen über rückständige Verkehrspolitik oder die dringende Notwendigkeit von Klimaschutzmassnahmen. Sie arbeitet in der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission sowie der Spezialkommission Klimaschutz mit und fordert dort ein, dass die umweltfreundliche Mobilität endlich wirklich gefördert wird. Des Weiteren will sie die Anerkennung der alternativen Kultur abseits der grossen Institutionen verbessern.

Marcel Colomb hat nicht nur im Grossratswahlkampf für Punkrock auf der Liste 5 gesorgt – er tut dies auch im echten Leben als Musiker. Als IT-Profi sind ihm die Herausforderungen, welche die Digitalisierung

Basel

mit sich bringt, ein besonderes Anliegen – neben der Ausweitung der Demokratie, zum Beispiel durch die Einführung des Niedergelassenen-Stimmrechts. Stefan Wittlin bringt die wertvolle Erfahrung eines Architekten ins Team, dessen Herz für die Stadt als Lebensraum schlägt. Der Mieter*innenschutz zählt dabei genauso zu seinen Kernanliegen wie eine nachhaltige Stadtentwicklung: Bei den verschiedenen Transformationsarealen sollen die Interessen der Quartierbevölkerung im Zentrum stehen, nicht die Rendite des Investments.

Als SP-Präsidium wollen wir zusammen mit unseren Amtsträger*innen und der Parteibasis gute Lösungen in all diesen und weiteren Bereichen finden.

Den Blick aufs Ganze wahren

Es ist uns absolut bewusst, dass uns als SP-Präsidium neben unseren Schwerpunktthemen noch viele weitere beschäftigen werden. Die Wertschätzung für Care-Berufe muss steigen, die Geflüchteten und Sans-Papiers brauchen unsere Unterstützung. Die gravierenden Folgen der Pandemie gilt es so zu bewältigen, dass für alle gesorgt wird, die darunter leiden. Aufkeimendem Hass und erniedrigender Hetze gegen Schwächere, gegen Frauen und gegen Minderheiten wollen wir entschlossen entgegentreten. Die Interessen der Lohnabhängigen und der innovativen, lebendigen und verantwortungsvollen KMU in der Stadt haben wir ebenso im Blick.

Die SP steht als stärkste Partei in der Verantwortung. Diese spüren wir, und wir nehmen sie ernst. Wir vertrauen dabei auf das unglaubliche Knowhow, das unsere über 1000 Mitglieder vereinen. Die SP soll allen Mitgliedern die Chance bieten, sich einzubringen und mitzugestalten. Gemeinsam sind wir stark und sichtbar – und überzeugend.

Anerkennung statt Dumpinglöhne

Einen nächsten Meilenstein für das soziale Basel können wir bereits am 13. Juni setzen: Mit der Einführung eines Mindestlohns in Basel-Stadt.

Heute arbeiten in unserem Kanton rund 18 000 Menschen für einen Lohn, von dem sie nicht leben können. Viele davon sind Frauen. Wenn die Menschen nicht genug zum Leben verdienen, muss der Staat und damit die Allgemeinheit einspringen. Diese Tatsache muss uns zu denken geben: De facto subventionieren wir mit der Sozialhilfe diese Dumpinglöhne. Das ist ein unhaltbarer Zustand und unseres wirtschaftlich erfolgreichen Kantons nicht würdig. Deshalb braucht es einen Mindestlohn.

Andere Länder – wie zum Beispiel Deutschland – kennen bereits einen Mindestlohn. Rechte Ökonomen prophezeiten damals Schreckensszenarien, die allesamt nicht eintrafen, im Gegenteil: Die Tieflöhne sind gestiegen, Arbeitsplätze gingen keine verloren. Diese Erfahrungen machen auch die Kantone Jura, Tessin und Neuenburg.

Nicht zuletzt ist ein Mindestlohn auch gut für unser Gewerbe: Zum einen schützt der Mindestlohn die verantwortungsvollen Unternehmen, die so weniger unter Druck geraten durch jene, die heute Lohndumping praktizieren. Zum anderen stärkt ein Mindestlohn die Kaufkraft. Die Menschen, die davon profitieren, werden jeden Franken wieder in Umlauf bringen, indem auch sie sich einmal einen Coiffeur-Besuch oder einen Kaffee im Restaurant leisten können.

Für die Menschen, für das Gewerbe, für Basel: 2x Ja am 13. Juni!

Der Basler Mindestlohn hat für uns als neues Präsidium der SP Basel-Stadt erste Priorität – wir setzen als Partei die ganze Kraft in den #MiLo-Abstimmungskampf. Denn diesen wichtigen Meilenstein wollen wir gemeinsam mit euch erreichen.

Jessica Brandenburger, Lisa Mathys, Co-Präsidentinnen SP Basel-Stadt

Marcel Colomb, Stefan Wittlin, Vizepräsidenten SP Basel-Stadt

PAROLEN SP BASEL-STADT FÜR DEN 13. JUNI 2021

Kantonal

Mindestlohninitiative	**Ja**
Gegenvorschlag	**Ja**
Stichfrage:	**Initiative**

National

Trinkwasserinitiative	**Ja**
Pestizidinitiative	**Ja**
Covid-19-Gesetz	**Ja**
CO_2-Gesetz	**Ja**
Anti-Terror-Gesetz	**Nein**

Nachruf Jürg Meyer

Frantisek Matous

Jürg Meyer zu beschreiben ist nicht einfach – man muss ihm begegnet sein, mit ihm gesprochen haben, um seine unendliche Güte erlebt zu haben. Jürg hat immer an die Menschen gedacht, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Er hat sein Leben danach ausgerichtet, ihnen beistehen zu können. Jürg hatte die einmalige Gabe, bei jedem Menschen immer das Gute zu sehen.

Als Grossrat hat er die Fraktion in Diskussionen immer wieder zum Nachdenken gebracht. Ein soziales Mietrecht war ihm eine Herzensangelegenheit. Dafür hat er sich viele Jahrzehnte lang im Vorstand des Mieterverbands eingesetzt. Ein Anliegen war ihm auch die Verbesserung der Situation der Kurdinnen und Kurden. Migration und Integration haben ihn immer beschäftigt.

Jürg hat viele Menschen in ihrem Leben begleitet. Er pflegte Freundschaften zu Menschen aus verschiedensten Kulturen. Er hat Kinder von Migrant*innen auf ihrem schulischen Weg unterstützt. Ältere Menschen hat er in Heimen besucht und war überall, wo man ihn benötigte, helfend zur Stelle.

Wir vermissen dich, Jürg, und danken dir für deinen lebenslangen Einsatz für alle Menschen.

Ursula Metzger und Pascal Pfister

Situation der Familien in BL – es gibt noch viel zu tun

Der Familienbericht 2020 zeigt, wo im Bereich der Familienpolitik im Baselbiet der grösste Handlungsbedarf besteht. Der 143 Seiten umfassende Bericht gibt Antworten auf viele Fragen. Der Themenfächer ist so gross, dass ich hier nur diejenigen Resultate hervorhebe, welche sogar bei den Fachleuten Erstaunen ausgelöst haben und aufzeigen, wo für ein soziales Baselbiet am dringendsten anzusetzen ist.

Erfreulicherweise hat sich seit 2005 das Platzangebot der familienergänzenden Kinderbetreuung im Baselbiet vervierfacht. Weder die Mitfinanzierung durch die öffentliche Hand noch die Anzahl der Beschäftigten in der Kinderbetreuung haben aber mit diesem rasanten Wachstum Schritt gehalten. Der Kostenanteil, den die Eltern tragen, liegt bei mindestens 78 Prozent und damit deutlich über dem nationalen Durchschnitt von 60 Prozent.

Ebenfalls Sorgen bereitet, dass das frei verfügbare Einkommen von Familien im landesweiten Vergleich tief ist: Basel-Landschaft belegt diesbezüglich den viertletzten Platz. Hohe Wohnkosten und hohe Kinderbetreuungskosten belasten die Familienbudgets überdurchschnittlich. So hat leider auch die absolute Zahl der Familien, welche von der Sozialhilfe leben, seit 2006 zugenommen. Die der Sozialhilfe vorgelagerten kantonalen und kommunalen bedarfsabhängigen Leistungen wie Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung, Jugendzahnpflege, Stipendien, Krankenkassenprämienverbilligung etc. haben in den letzten zehn Jahren weitgehend stagniert oder sogar abgenommen. Damit ist die Gefahr von

Kathrin Schweizer, Regierungsrätin SP BL

Schwelleneffekten – dass also mit einem knapp über dem Sozialhilfeniveau liegenden Einkommen weniger Geld zur Verfügung steht als bei Sozialhilfebezug – angestiegen. Bei getrennt lebenden Elternteilen ist ein fairer finanzieller Ausgleich schwierig. Nach erfolgtem Transfer zwischen unterhaltszahlendem und -empfangendem Haushalt und nach Steuern steht in vielen Fällen dem zahlenden Haushalt mehr Geld zur Verfügung als dem empfangenden, wo oft die Kinder leben. Über ein Viertel der Kinderalimente wird nicht ordnungsgemäss bezahlt. Es gibt zwar eine staatliche Bevorschussung, doch wird sehr oft nicht der ganze fehlende Betrag bevorschusst.

Die Aktualisierung des Familienberichts hatte Pia Fankhauser im Landrat angestossen. Sie verlangte auch, dass der Bericht mit der Situation der Betreuung von älteren Personen ergänzt wird. Ein Gebiet, das 2010 noch weniger im Bewusstsein war. Die Zahlen sind beeindruckend: Privatpersonen leisten im Baselbiet 2,75 Mio. Betreuungsstunden jährlich. Doch diese Leistung hinterlässt auch Spuren. 67 Prozent der befragten Personen, die ältere Menschen betreuen, klagen über die psychische Belastung. Daher wurden im Familienbericht bereits Handlungsfelder festgelegt. So sollen zusammen mit den jeweiligen Stakeholdern Massnahmen definiert werden, damit wir bei der nächsten Aktualisierung des Familienberichts sagen können:

- Wir haben die Bedingungen verbessert, um eine gerechte Aufteilung von Familien- und Berufsabeit zwischen Vätern und Müttern zu erlauben;
- die Finanzierung der familienergänzenden Betreuung wurde verbessert;
- die Familien und insbesondere die Alleinerziehenden fanden bei der Umsetzung der Armutsstrategie und der Harmonisierung der bedarfsabhängigen Leistungen Beachtung;
- pflegende Angehörige wurden entlastet.

Die schon lange eingereichte SP-Initiative «Wohnen für alle» und die frisch lancierte zur «gebührenfreien Kinderbetreuung» können die Familien massgeblich dort unterstützen, wo der Familienbericht grosse Defizite festgestellt hat. So kann das Baselbiet familienfreundlicher werden.

www.familienbericht.bl.ch

AGENDA SP BL

- **29. Mai 2021, Sammel-Samstag**
  Initiative «Gebührenfreie Kinderbetreuung»
- **13. Juni 2021**
  Abstimmungssonntag
- **17. Juni 2021**
  Delegiertenversammlung
- **22. Juni 2021**
  Neumitgliederapéro und Sessionsbericht
- **24. Juni 2021**
  Fraktionsausflug
- **30. Juni 2021**
  Koordinationskonferenz

INITIATIVE «GEBÜHRENFREIE KINDERBETREUUNG FÜR ALLE FAMILIEN»

Volksschule erweitern – Service Public stärken

WIR HABEN IDEEN GESAMMELT, EIN ÖFFENTLICHES RATING DURCHGEFÜHRT, EINEN INITIATIVTEXT FORMULIERT – NUN SIND WIR SO WEIT: WIR LANCIEREN UNSERE INITIATIVE «GEBÜHRENFREIE KINDERBETREUUNG FÜR ALLE FAMILIEN».

Mit einer gebührenfreien Kinderbetreuung wollen wir in die Zukunft unserer Kinder investieren und das Baselbiet als Wohnort für Familien attraktiver machen. Und weil die Entwicklung und Bildung unserer Kinder auch für die Gesellschaft als Ganzes enorm wichtig ist, ist für uns klar, dass Kinderbetreuung zur Grundversorgung gehört und als Teil des Service Public angesehen werden muss. Auch diesem Umstand wollen wir mit unserer Initiative Rechnung tragen.

Volksschule erweitern

Kinderbetreuung ist wie die Bildung in der Volksschule eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die familienergänzende Kinderbetreuung soll deshalb analog der obligatorischen Schule gebührenfrei und für alle zugänglich sein. Kitas, Tagesfamilien und Spielgruppen sollen wie Kindergärten und Primarschulen durch die Allgemeinheit finanziert werden. Dadurch sollen das Bildungsangebot erweitert und die Chancengerechtigkeit gestärkt werden.

Kosten gerecht verteilen

Die Kosten für die Kinderbetreuung werden heute von denen getragen, die die Kinderbetreuung übernehmen – zumeist sind dies Frauen. Weil sie zeitweise auf eine Erwerbsarbeit verzichten, um unbezahlte Erziehungs- und Betreuungsarbeit zu leisten, haben sie im Durchschnitt eine um über einen Drittel tiefere Rente. Das führt dazu, dass 11 Prozent aller Frauen direkt beim Renteneintritt auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind. Und auch im Rentenalter leisten sie als Grosseltern nochmals einen wichtigen – aber wiederum unbezahlten – Beitrag zur Kinderbetreuung: Ein Drittel aller Kinder unter 13 Jahren wird durch die Grosseltern betreut, pro Jahr werden so 160 Millionen Stunden unbezahlte Sorgearbeit geleistet.

Dem Service Public kommt in unserer Gesellschaft eine wichtige Funktion zu. Wir erwarten ihn in steter und guter Qualität. Sei es bei der Post, bei der Kommunikation oder beim öffentlichen Verkehr. Genauso wichtig sollte uns eine stete und gute Qualität bei der Kinderbetreuung sein, denn dabei geht es um unsere Zukunft. Die Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung ist – genau wie jene der Volksschule – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und soll solidarisch über das progressive Steuersystem erfolgen. Aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive lohnt sich dies allemal, denn der ökonomische Nutzen eines Kita-Platzes ist dreimal so gross wie die dadurch anfallenden Kosten.

Gleichstellung fördern

Heute sind es vor allem die Frauen, die sich um die Betreuungs- und Sorgearbeit kümmern. Mit der Einführung einer gebührenfreien Kinderbetreuung können wir dieses Muster aufbrechen. Die Elternteile können dann unabhängig vom Einkommen entscheiden, wie sie Betreuungs- und Erwerbsarbeit aufteilen wollen. Dadurch wird die Gleichstellung gestärkt.

Zudem werden Familien mit tiefem und mittlerem Einkommen entlastet. Für sie ist die familienergänzende Kinderbetreuung aktuell wegen der hohen Betreuungsgebühren entweder zu teuer oder nicht lohnend, was oft darauf hinausläuft, dass Frauen auf ihre Karriere verzichten müssen. Dies wiederum führt dazu, dass viel Fachwissen brachliegt und qualifizierte Frauen auf dem Arbeitsmarkt fehlen.

Miriam Locher,
Parteipräsidentin SP BL

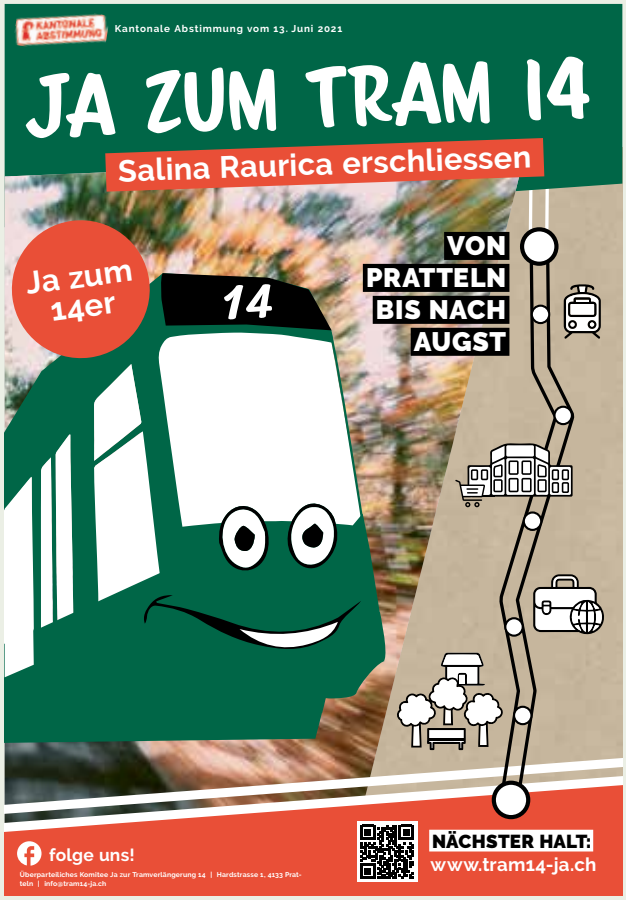
Familien stärken

Ein weiterer Vorteil einer gebührenfreien Kinderbetreuung ist, dass sie den Lebensrealitäten von heute gerecht wird. Eltern wollen Beruf und Familie vereinbaren können. Zudem werden die Menschen immer mobiler und immer mehr Eltern können bei der Betreuung ihrer Kinder nicht auf die Grosseltern zählen. Wollen beide Elternteile erwerbstätig bleiben oder reicht der Lohn des einen nicht aus, so sind Familien genauso auf qualitativ hochstehende und gebührenfreie Kinderbetreuungsangebote angewiesen wie alleinerziehende erwerbstätige Eltern. Damit eine Familie nicht zum Armutsrisiko oder zum Privileg wird, müssen wir die familienergänzende Kinderbetreuung als Service Public organisieren.

ANMELDUNG SAMMEL-SAMSTAG

Wer sich noch nicht für den Sammel-Samstag angemeldet hat, der oder die kann dies auf **www.kinderbetreuung-fuer-alle.ch** nachholen oder einfach eine Mail schreiben an **info@sp-bl.ch.**
Jede Hilfe beim Sammeln ist willkommen!

Mehr ÖV für Augst, Grüssen und Salina Raurica: Tram 14 verlängern!



Salina Raurica wird gebaut, auch ohne Tram
Richtplan und Quartierpläne sagen es klar: In der Salina Raurica werden Gewerberaum und Wohnungen entstehen. Dies wurde in einem langjährigen Prozess so festgelegt und mehrfach durch das Parlament bestätigt. Auch die Verlegung der Kantonsstrasse ist beschlossene Sache, das Projekt befindet sich bereits in der Bauphase. Das jetzige Referendum richtet sich einzig und allein gegen den Planungskredit für die Verlängerung der Tramstrecke.

Ohne Tram kommt die Blechlawine
Wenn keine gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr gewährleistet ist, wird in der Salina Raurica der Autoverkehr dominieren: Schon jetzt fahren täglich 11000 Autos über die Kantonsstrasse am Rhein. Mit der Verlängerung der Linie 14 wird eine schnelle Verbindung nach Pratteln, Muttenz und Basel geschaffen. Auch die Erschliessung des bestehenden Gewerbegebiets Grüssen (IKEA, Mediamarkt etc.) wird so deutlich verbessert. Nur mit diesem attraktiven ÖV-Angebot können die Zunahme des Autoverkehrs und die damit verbundene Luft- und Lärmbelastung für die Anwohnenden in Grenzen gehalten werden.

Jan Kirchmayr, Landrat

Brücke über A2 verbindet Salina Raurica mit Pratteln
Durch die geplante Brücke über die A2 und über die verlegte Kantonsstrasse fährt nicht nur das Tram in einem Bogen von Pratteln in die Salina Raurica und weiter nach Augst. Auch für den Velo- und Fussverkehr ist eine breite Bahn geplant. Damit verbessert sich die Anbindung an Pratteln deutlich. Über eine Abzweigungsbrücke wird zudem eine direkte, kreuzungsfreie Verbindung zur Fuss-/Velowegverbindung auf der rückgebauten Rheinstrasse hergestellt.

Ja zur Tramverlängerung Pratteln–Augst

- Auch ohne Tramverlängerung von Pratteln nach Augst wird das Gebiet Salina Raurica überbaut werden. Das lässt sich nicht mehr verhindern. Nun per Referendum die Erschliessung des Gebiets durch den umweltfreundlichen öffentlichen Verkehr zu bekämpfen, ist der falsche Weg.
- Es ist im Sinne der Standortförderung, dass das Gewerbe- und Wohngebiet Salina Raurica eine solide ÖV-Erschliessung erhält.
- Ohne gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr wird das Auto dominieren. Die Verlängerung der Linie 14 entlastet die Strassen und umliegende Quartiere von Autoverkehr, Lärm und Luftbelastung.
- Auch das bereits bestehende Gewerbegebiet Grüssen wird durch die Tramverlängerung deutlich besser erschlossen, was autofreies Einkaufen ermöglicht.
- Mit der Verlängerung der Linie 14 wird am Bahnhof Pratteln eine direkte Umsteigemöglichkeit auf die S-Bahn geschaffen. Tram und S-Bahn werden dadurch deutlich besser verbunden als heute und man ist von Augst schneller in Muttenz und Basel.

PAROLEN SP BASELLAND FÜR DEN 13. JUNI

Kantonal

Verlängerung der Tramlinie 14	**Ja**

National

CO_2-Gesetz	**Ja**
Pestizid-Initiative	**Ja**
Trinkwasser-Initiative	**Ja**
COVID-19-Gesetz	**Ja**
Anti-Terror-Gesetz (PMT)	**Nein**

IMPRESSUM SP Basel-Stadt, Rebgasse 1, Postfach 501, 4005 Basel, Tel. 061 685 90 20, sekretariat@sp-bs.ch, www.sp-bs.ch; SP Baselland, Rheinstrasse 17, Postfach 86, 4410 Liestal, Tel. 061 921 91 71, info@sp-bl.ch, www.sp-bl.ch